

Nr. 36 (XXXVI) Allgemeines<sup>1</sup>

*Das Exekutiv-Komitee*

- a) *bekräftigte* die fundamentale Bedeutung der internationalen Schutzfunktion des Hohen Kommissars, deren Ausübung jedoch, bedingt durch die zunehmende Komplexität der heutigen Flüchtlingsprobleme, ständig schwieriger geworden ist;
- b) *wies erneut darauf hin*, dass die internationale Schutzfunktion nur dann in wirksamer Weise wahrgenommen werden kann, wenn sie volle Unterstützung durch die Regierungen erfährt; von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Bereitstellung von Dauerlösungen durch die Regierungen in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar;
- c) *nahm mit Befriedigung zur Kenntnis*, dass bei der Fortentwicklung des internationalen Flüchtlingsrechts und auch bei der Festigung der international anerkannten Standards für die Behandlung von Flüchtlingen Fortschritte erzielt worden sind;
- d) *begrüßte* die Tatsache, dass inzwischen eine große Zahl von Staaten dem Abkommen der Vereinten Nationen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und dem Protokoll von 1967 beigetreten sind, und gab der Hoffnung Ausdruck, dass in naher Zukunft weitere Staaten diesen Vertragswerken beitreten und auf diese Weise das System internationaler Solidarität und Lastenteilung stärken werden, von dem diese Vertragswerke einen wesentlichen Teil ausmachen;
- e) *begrüßte* die Tatsache, dass ein Land kürzlich die geographische Beschränkung im Rahmen seiner Verpflichtungen gemäß der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen zurückgezogen hat und dass die Frage einer

---

<sup>1</sup> Dokument Nr. 12 A (A/40/12/Add.1)

solchen Rücknahme von einem weiteren Land z. Z. ernsthaft geprüft wird. Es empfahl allen Staaten, die solche geographischen Beschränkungen noch aufrechterhalten, eine Rücknahme in Erwägung zu ziehen;

f) *nahm* mit tiefer Sorge zur *Kenntnis*, dass trotz der Entwicklung und weiteren Festigung von anerkannten Maßstäben für die Behandlung von Flüchtlingen die Grundrechte von Flüchtlingen in verschiedenen Gegenden der Welt nach wie vor missachtet werden, dass Flüchtlinge, insbesondere mit Piratenüberfällen, anderen Arten der Gewaltanwendung, militärischen und bewaffneten Überfällen sowie mit willkürlichen Festnahmen und mit Abschiebung konfrontiert werden;

g) *nahm zur Kenntnis*, dass die Generalversammlung einstimmig Resolution 39/140 gebilligt hat, die sich in Absatz 3 – unter anderem – mit militärischen und bewaffneten Angriffen auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen befasst;

h) *unterstrich* die Notwendigkeit für das Exekutiv-Komitee, sich ständig weiterhin mit dem Problem der militärischen und bewaffneten Angriffe auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen zu befassen und forderte den Vorsitzenden auf, seine Konsultationen auf diesem Gebiet fortzusetzen;

i) *begrüßte* die Tatsache, dass Staaten in vielen Teilen der Welt, darunter auch Staaten mit eigenen wirtschaftlichen Entwicklungsproblemen, weiterhin einer großen Zahl von Flüchtlingen Asyl gewähren;

j) *nahm* mit Besorgnis zur *Kenntnis*, dass in zunehmendem Maße zu beobachten ist, dass sich Flüchtlinge und Asylsuchende, die in einem Land Schutz gefunden haben, auf irreguläre Weise in ein anderes Land begeben; es gab der Hoffnung Ausdruck, dass dieses Problem durch die Annahme weltweiter Lösungen im Geiste internationaler Zusammenarbeit und Lastenteilung gemildert werden kann, und ersuchte den Hohen Kommissar, Konsultationen fortzusetzen, um Übereinstimmung in dieser Angelegenheit zu erreichen;

k) *begrüßte* die Einberufung durch den Hohen Kommissar, für Mai 1985, einer beratenden Versammlung über die Zuflucht von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Europa;

1) *wies* erneut auf die Notwendigkeit *hin*, in der Öffentlichkeit mehr Verständnis für die besondere Notlage von Flüchtlingen zu wecken, um die Ausübung der internationalen Schutzfunktion des Hohen Kommissars zu erleichtern;

m) *bestätigte erneut* die Bedeutung der fortgesetzten Bemühungen des Amtes um eine Weiterentwicklung und Stärkung des internationalen Flüchtlingsrechts, insbesondere durch seine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Institut für humanitäres Recht in San Remo.